



Beschluss

vom 8. August 2006

Nr. 2024

Postulat

Postulat Christian Hostettler: Das Nein zur Zürcher Strasse bringt absolut keine Lösung; Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Die Direktion Bau und Planung berichtet:

Christian Hostettler und 28 Mitunterzeichnende haben am 23. Mai 2006 das genannte Postulat eingereicht (vgl. Beilage). Zur Frage der Erheblicherklärung des Postulates ist wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Die Bürgerschaft hat am 21. Mai 2006 das Projekt zur Sanierung und Neugestaltung der Zürcher Strasse abgelehnt. Bei der Interpretation dieses Volksentscheides ist sicher unbestritten, dass die Sanierungsteile des Projektes - die finanziell den weitaus grössten Anteil ausmachten - vom Volks-Nein nicht betroffen waren. Umstritten in der vorangehenden Abstimmungsdiskussion und massgebend für die mehrheitliche Ablehnung war die geplante Neugestaltung für den betroffenen Abschnitt der Zürcher Strasse. Befürchtet wurden namentlich eine Einschränkung der Kapazitäten für den Individualverkehr und Nachteile für den öffentlichen Verkehr. Nachdem nun das Projekt nicht realisiert wird, fehlt auch der „Tatbeweis“, wer nun mit seinen Argumenten Recht hatte - die Projektbefürworter oder die Projektgegner. Das mag unbefriedigend sein, ist aber eine logische und regelmässige Folge negativer Volksentscheide.
2. Mit dem Postulat wird ein „Versuchsbetrieb“ gefordert, um die Auswirkungen des abgelehnten Projektes doch noch in der Praxis überprüfen zu können. Nach Auffassung des Stadtrates wäre die Zulässigkeit eines solchen Vorgehens schon unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz des Volksentscheides fraglich. Insbesondere wäre aber die effektive Aussagekraft eines solchen Versuches beschränkt. Statt klarer Ergebnisse könnten schliesslich neue Unsicherheiten entstehen. Ausgeschaltete Lichtsignalanlagen bei den bestehenden Fussgängerstreifen, zusätzliche Fussgängerübergänge über die heutige Fahrbahn, simulierte Fahrbahnversmälnerungen mit Markierungen - das alles



sind isolierte Einzelmassnahmen. Sie können in ihrer Wirkung nicht mit einem baulichen und betrieblichen Gesamtkonzept, das real umgesetzt wird, verglichen werden. Das Projekt für die Neugestaltung der Zürcher Strasse war ein sorgfältig erarbeitetes, in sich konsistentes und abgestimmtes Wirkungskonzept. Eine Strassenraumgestaltung ist nicht nur eine optische Markierungsangelegenheit, sondern eine gestalterische Botschaft an alle Verkehrsteilnehmenden. Mit ortsspezifischen, situationsgerechten baulichen Massnahmen werden in diesem Gesamtprojekt die Besonderheiten des betreffenden Strassenzuges hervorgehoben und die Charakteristik der jeweiligen Strassensituation widerspiegelt. Das Ganze funktioniert nur durch ein Zusammenwirken aller gestalterischer Teilobjekte, aller verkehrstechnischer Elemente und der dazugehörigen Signalisationsmassnahmen. Massnahmen mit Anordnungen von einzelnen Elementen, vor allem wenn diese provisorisch sind und nicht in einem Gesamtzusammenhang realisiert werden, wirken verunsichernd und können sogar neue Gefahrensituationen schaffen oder bestehende verschärfen.

3. In der Begründung des Postulates werden Fragen im Hinblick auf den geforderten Postulatsbericht gestellt. Für diese Fragen muss aber kein Postulatsbericht ausgearbeitet werden, sie können auch aufgrund einer jetzigen Beurteilung ausreichend beantwortet werden:
 - Das Ausschalten der Lichtsignale bei den bestehenden Fussgängerübergängen ist abzulehnen. Die gesicherten Übergänge entsprechen den heutigen Sicherheitsbedürfnissen des Fahrverkehrs und der Fussgängerinnen und Fussgänger. Autofahrer und Passanten haben sich auf die Verkehrssteuerung eingestellt und verhalten sich entsprechend. Nicht in Betrieb stehende Lichtsignale irritieren und führen zu Unklarheiten; sie wirken vor allem während den Verkehrsspitzenzeiten als erhebliche Gefahrenstellen.
 - Neue Fussgängerstreifen sollten ohne Gesamtgestaltung nicht oder nur sehr zurückhaltend angeordnet werden. Zwar ist es punktuell möglich, den einen oder anderen Übergang anzulegen, dabei sind aber die entsprechenden baulichen Sicherheitsmassnahmen wie etwa das Anlegen einer Trottoirerweiterung und / oder einer Fussgängerschutzinsel zu prüfen. Die Fahrbahnen sind heute ausserordentlich breit und verlangen entsprechende Sicherungsmassnahmen sowie die Gewährleistung der notwendigen Sichtweiten.
 - Strassenverengungen, die lediglich mit Markierungen simuliert werden, ergeben für die Verkehrsteilnehmenden nicht das erforderliche Gestaltungsbild und bewirken das erwartete, geschwindigkeitsdämpfende Verhalten nicht. Markierungen erzeugen kei-



ne räumliche Wirkung, es müssten daher künstliche Hindernisse in die Fahrbahn platziert werden. Diese wiederum sind ein neues Gefahrenelement und auch aus unterhaltstechnischen Gründen abzulehnen. Ausserdem würde durch die provisorischen Massnahmen ein insgesamt sehr hässliches strassenräumliches Bild entstehen.

4. Der Stadtrat beantragt dem Stadtparlament, das Postulat **nicht erheblich** zu erklären. Die geforderten Versuchsmassnahmen würden nicht nur ein unvollständiges, verfälschtes und nicht mit dem abgelehnten Projekt vergleichbares Bild ergeben, sie würden vielmehr neue Nachteile und sogar Gefahrensituationen bewirken. Was das weitere Vorgehen anbetrifft, so sind gegenwärtig bereits die Vorbereitungen für neue Vorlagen an das Stadtparlament im Gange, die die dringlichen und unbestrittenen Sanierungsmassnahmen an den Werkleitungen, am Kanal und an der Strasse beinhalten. Nach wie vor notwendig ist selbstverständlich auch eine breite Palette von Massnahmen zur allgemeinen Verbesserung der Verhältnisse an der Zürcher Strasse und für die umliegenden Quartiere. Ein nächster wichtiger Schritt dazu ist die kommende Abstimmung vom 24. September 2006 über die Erweiterung des Schulhauses Schönenwegen. Mit den Erweiterungsbauten und den Umbauten der bisherigen Gebäude werden die Voraussetzungen für gute und zeitgemässe Schulbedingungen im Quartier geschaffen und gleichzeitig, vor allem mit der neuen Sporthalle, auch die Quartierangebote für Sport und Freizeit ausgebaut. Ebenfalls bereits in Arbeit sind bestimmte Sofortmassnahmen, die kurzfristige Verbesserungen bringen können, so z.B. bezüglich dem Ersatz der Buswartehalle Waldau, der Abfallproblematik, allfälliger zusätzlicher Fussgängerstreifen etc. Es ist noch zu prüfen und später zu entscheiden, inwieweit solche punktuellen Massnahmen ergänzt werden sollen durch eine angepasste Gestaltung im Rahmen der kommenden Strassensanierung. Dazu konkrete Aussagen zu machen, wäre aber noch zu früh.

Kurzinformation über die Stellungnahme des Stadtrates gemäss Art. 67 des Geschäftsreglementes des Stadtparlamentes:

Der Stadtrat beantragt, das Postulat **nicht erheblich** zu erklären. Die geforderten Versuchsmassnahmen würden nicht nur ein unvollständiges, verfälschtes und nicht mit dem abgelehnten Projekt vergleichbares Bild ergeben, sie würden vielmehr neue Nachteile und sogar Gefahrensituationen bewirken.

Auf Antrag der Direktion Bau und Planung beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.



2. Die Direktorin Bau und Planung wird beauftragt, in diesem Sinne im Stadtparlament Stellung zu nehmen.

Beilage:
- Postulat

Protokollauszug:
Direktion Bau und Planung (3)

☒ keine Öffentlichkeitsarbeit

☐ Medienmitteilung

☐ Medienkonferenz

